



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 62. Ratssitzung vom 27. September 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2023/52 und 2023/49

2319. 2023/52

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023: Beschreibung der 5 Prozent der Jugendlichen, die drei Viertel der berichteten Straftaten begehen, Einschätzung bezüglich möglicher Wiedereingliederung dieser Jugendlichen in die Gesellschaft sowie Statistik zur Auswertung der jugendlichen Gewalttaten in der Stadt Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2381 vom 30. August 2023).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/52 und 2023/49

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung zur Interpellation GR Nr. 2023/52: *Wenn fünf Prozent der Jugendlichen für drei Viertel der Straftaten verantwortlich sind, und diese nicht aus dem Verkehr gezogen werden, hat der Staat versagt. Es leiden sehr viele Menschen unter diesen Gewalttaten. Jedes Wochenende finden Messerstechereien oder Massenschlägereien statt, vor allem unter Jugendlichen. Eigentlich wäre es ganz einfach, das Problem zu lösen. Der Stadtrat hat aber offensichtlich kein Interesse daran und ist daher mitverantwortlich für die masslose Jugendgewalt in der Stadt Zürich.*

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/49 (vergleiche Beschluss-Nr. 1350/2023): *Die Lösung liegt auf dem Tisch. Die fünf Prozent der Jugendlichen, die diese Straftaten verüben, müssen aus dem Verkehr gezogen und über die Privatwirtschaft in die Gesellschaft eingegliedert werden. Die Zustände am Seebecken sind unhaltbar. Frauen werden angepöbelt und Menschen geschlagen. Der Rechtsstaat stellt die Regeln bereit, wir müssen sie nur anwenden und dieses Verhalten nicht dulden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Einerseits konnte «mit voller Härte des Rechtsstaats» noch nie jemand in die Gesellschaft integriert werden. Andererseits bemühen wir uns bereits mit vielen anderen Angeboten darum, Menschen bei der Eingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen. Wir konzentrieren uns dabei auf alle, die Bedarf haben, nicht nur auf die fünf Prozent, die hier erwähnt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): *Die Analyse der SVP ist nicht ganz falsch. Es gibt tatsächlich rund fünf Prozent schwer delinquente Jugendliche, die behandelt werden müssen. Diese machen aber nur fünf Prozent der Jugend aus und sind nicht repräsentativ für die Gesellschaft. Aufgrund ihrer Taten sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die Jugend heute*



schlechter sei als früher. Den Lösungsvorschlag des Postulats sieht die FDP nicht als zielführend. Bei Problem-Jugendlichen weiss man, dass Behandlungen mit dem «Hammer des Rechtsstaats» nicht erfolgreich sind. Nicht Härte, sondern Konsequenz und Vorbildfunktion sind essenziell.

Samuel Balsiger (SVP): *Die fünf Prozent haben wir nicht erfunden. Es ist ein Fakt, dass wir ein Problem mit der Jugendgewalt haben. Sowohl die zitierte Studie als auch jede Zeitung haben es erkannt. Die Kuscheljustiz hat offensichtlich versagt. Die Bevölkerung fühlt sich nicht mehr sicher. Der Stadtrat hat die Kontrolle verloren.*

Ronny Siev (GLP): *Jugendgewalt ist ein Thema, das wir ernstnehmen müssen. Gewaltprävention und die Unterstützung von Jugendlichen sind extrem wichtig. Es ist schade, dass dieses Postulat sinnlose Lösungen vorschlägt. Wir können es nicht unterstützen.*

Marcel Tobler (SP): *Dass Jugendgewalt existiert, bestreitet niemand. Ich erlebe unsere Jugend aber anders: Sie ist kreativ, lebensfreudig, friedliebend, konstruktiv, leistungswillig und angepasst. Jugendliche haben meistens keine Angst, sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Wir dürfen nicht aus Einzelfällen auf alle schliessen. Ausserdem funktioniert die Justiz in diesen Fällen, es braucht keine neuen Gesetze oder einen härteren Justizapparat. Insgesamt ist unsere Jugend eine gute Jugend.*

Dr. Josef Widler (Die Mitte): *Die Postulanten beziehen sich auf die Wissenschaft. Hätten sie sich die Literatur zur Jugendgewalt genauer angeschaut, wüssten sie, dass Repression in diesem Fall nichts bringt. Das Postulat ist unbrauchbar.*

Moritz Bögli (AL): *Die Zahl von fünf Prozent kommt nicht komplett wissenschaftlich zustande. Es handelt sich dabei um Selbstbezeichnung. Das ist schwierig. Bei der Wiedereingliederung ist meist nicht die Privatwirtschaft zur Stelle, sondern NGO oder der Staat. Jugendgewalt entsteht oft durch Armut oder Diskriminierung. Das sind die Probleme, die gelöst werden müssen, um Jugendgewalt zu verhindern. Das möchte die SVP nicht.*

Stephan Iten (SVP): *Statt dem Hammer wird Konsequenz gefordert. Wo wird denn konsequent durchgegriffen? Beim Staat sicherlich nicht. In der Privatwirtschaft werden Lehrlinge konsequent auf den richtigen Pfad gelenkt. Durch Integration in die Arbeitswelt lernen Jugendliche den Wert von Arbeit und einen geregelten Tagesablauf. Der Fall Carlos hat gezeigt, dass das Verhätscheln von Gewalttätern nichts bringt. Eine Betreuung ohne Ziel ergibt keine Perspektive, das weiss man. Mit einer Arbeit vermittelt man Perspektive und gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, ihr Leben und Verhalten zu verbessern.*

Sven Sobernheim (GLP): *Ich sehe es anders. Die Jugendlichen, die ich erlebe, sind sehr leistungsfähig und gehen vorbildlich mit dem Leistungsdruck in der Gesellschaft um. Wir dürfen die Einstellung, die wir damals in der Lehre hatten, nicht auf sie projizieren. Dass es jedes Wochenende eine Massenschlägerei gäbe, stimmt nicht. Im September 2023 findet sich genau eine Schlägerei in den Medienmitteilungen der Stadtpolizei.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.



3 / 3

2320. 2023/49

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023:
Wiedereingliederung von straffälligen Jugendlichen in die Gesellschaft mit dem
Ziel einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft zur Senkung der Jugendkriminali-
tät**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/52, Beschluss-Nr. 2319/2023

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1350/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 14 gegen 96 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat